

Münchener Anwaltshandbuch Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Volk, Dr. Heiko Ahlbrecht, Dr. Markus Berndt, Dr. Stephan Beukelmann, Dr. Dieter Bohnert, Dr. Marcus Böttger, Dr. Guido Britz, Dr. Matthias Dann, Dr. Felix G. Dörr, Hanns W. Feigen, Dr. Walther Graf, Dr. Gina Greeve, Dr. Bettina Grunst, Dr. Simone Kämpfer, Eberhard Kempf, Dr. Christoph Knauer, Thomas C. Knierim, Dr. Klaus Köpp, Dr. Daniel M. Krause, Dr. Klaus Leipold, Dr. Werner Leitner, Prof. Dr. Heiko Lesch, Prof. Dr. Jörg-Andreas Lohr, Dr. Ingo Minoggio, Prof. Dr. Ursula Nelles, Dr. Anna Oehmichen, Prof. Dr. Tido Park, Dr. Hans-Joachim Prieß, Prof. Dr. Thomas Rönnau, Dr. Markus Rübenstahl, Prof. Dr. Franz Salditt, Dr. Wolf Schiller, Dr. Hellen Schilling, Dr. André-M. Szesny, Dr. Michael Tsambikakis, Renate Verjans, Prof. Dr. Joachim Vogel, Prof. Dr. Jürgen Wessing, Peter Witting
2., überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de
ISBN 978 3 406 64369 9

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Klaus Volk (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Verteidigung in
Wirtschafts- und Steuerstrafsachen

beck-shop.de

beck-shop.de

Münchener Anwalts Handbuch

Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Volk

emeritierter Hochschullehrer (Ludwig-Maximilians-Universität München)
Rechtsanwalt in München

Bearbeitet von:

Dr. Heiko Ahlbrecht, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Markus Berndt*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Stephan Beukelmann*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Dieter Bohnert*, Rechtsanwalt in Zürich und Düsseldorf; *Dr. Marcus Böttger*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Guido Britz*, Rechtsanwalt in Homberg an der Saar; *Dr. Matthias Dann* LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Felix G. Dörr*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Hanns W. Feigen*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Walther Graf*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Gina Greeve*, Rechtsanwältin in Frankfurt a.M.; *Dr. Bettina Grunst* (†), München; *Dr. Simone Kämpfer*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Eberhard Kempf*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Christoph Knauer*, Rechtsanwalt in München; *Thomas C. Knierim*, Rechtsanwalt in Mainz; *Dr. Klaus Köpp* M.C.L., Rechtsanwalt, in Bonn; *Dr. Daniel M. Krause* LL.M., Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Klaus Leipold*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Werner Leitner*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Heiko Lesch*, Rechtsanwalt in Bonn; *Prof. Dr. Jörg-Andreas Lohr*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Düsseldorf; *Dr. Ingo Minoggio*, Rechtsanwalt in Münster; *Prof. Dr. Ursula Nelles*, Hochschullehrerin in Münster; *Dr. Anna Oehmichen*, Rechtsanwältin in Mainz; *Prof. Dr. Tido Park*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Dr. Hans-Joachim Prieß* LL.M., Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Thomas Rönnau*, Hochschullehrer in Hamburg; *Dr. Markus Rübenstahl*, Mag. jur., Rechtsanwalt in Köln; *Prof. Dr. Franz Salditt*, Rechtsanwalt in Neuwied; *Dr. Wolf Schiller*, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a.M.; *Dr. Hellen Schilling*, Rechtsanwältin in Frankfurt a.M.; *Dr. André-M. Szesny* LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Michael Tsambikakis*, Rechtsanwalt in Köln; *Renate Verjans*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Prof. Dr. Joachim Vogel* (†), Hochschullehrer in München; *Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Volk*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Jürgen Wessing*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Peter Witting*, Rechtsanwalt in München

2., überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

beck-shop.de

Zitervorschlag: MAH WirtschaftsstrafR/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64369 9

© 2014 Verlag C.H.BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Unverändert gültig bleibt, was ich im Vorwort zur 1. Auflage dieses Handbuchs zu seiner Konzeption gesagt habe. Ansonsten hat sich viel getan. Dass die rasante Entwicklung des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts viele inhaltliche Änderungen erforderlich gemacht hat, versteht sich am Rande. Sie hat aber auch zu neuen Kapiteln genötigt. An die Stelle der „Präventivberatung“ sind Ausführungen zu „Compliance-Untersuchungen (internal investigations)“ getreten. Die „Verständigung im Strafverfahren“ konnte man nicht mehr allein dem Parallel-Handbuch zur Verteidigung im allgemeinen überlassen. „Computer- und Internetkriminalität“ werden nun ebenfalls spezifisch aufbereitet. Neu ist auch das Kapitel über „Medizin- und Pharmastrafrecht“.

Ich begrüße viele Kollegen als neue Autoren. Wir gedenken aber zunächst Herrn Prof. Dr. Joachim Vogel. Er hat seinen Part „Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht“ überarbeitet, ist dann mit seiner Familie nach Venedig gefahren und dort auf entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Die Gemeinschaft der Professoren, Richter, Staatsanwälte und Verteidiger weiß, dass er nicht zu ersetzen ist. Hinzugetreten sind die Kolleginnen Oehmichen und Schilling (für Herrn Wißmann) sowie die Herren Kollegen Ahlbrecht, Beukelmann, (für Herrn Thomas), Dann, Leitner, Minoggio, Park, Rübenstahl, Szesny und Tsambikakis. Besonders zu danken habe ich den Kollegen Rübenstahl und Tsambikakis, die, als sich Herausgeber und Verlag in Nöten befanden, das Kapitel über den Kapitalmarkt in kürzester Zeit neu geschrieben haben.

Zu danken habe ich ferner den Kollegen, die eine Auflage für diese Auflage, nämlich ihre Beiträge zu kürzen, so getreulich erfüllt haben, dass neue Kapitel aufgenommen werden konnten. Niemand verzichtet gern auf selbst Geschaffenes, und jeder weiß, dass es leichter fällt, mehr zu schreiben. Besonders bedanken möchte ich mich bei Herrn Dr. Burkhard Schröder, dem Lektor des Verlages, der mir viel Arbeit abgenommen und die verbleibende leicht gemacht hat.

München, im September 2013

Klaus Volk

Vorwort zur 1. Auflage

Der Titel des Werkes sagt schon fast alles darüber aus, was es enthalten soll, welche Bücher es nicht ersetzen kann und für wen es gemacht ist:

Es ist ein *Handbuch*, also weder Lehrbuch noch Kommentar. Dieses Handbuch wendet sich nicht (nur) an die Spezialisten, sondern vor allem auch an den Strafverteidiger, der sich auf einem Feld orientieren will, das er bisher nicht betreten hat. Die Kerngebiete darf man als bekannt voraussetzen, die Randgebiete nicht. So haben die Elemente Überblick, Vertiefung und Ratschlag von Kapitel zu Kapitel unterschiedliche Anteile, abhängig von der Materie und auch von der persönlichen Arbeitsweise des Verfassers.

Es ist ein Handbuch der *Verteidigung* und deshalb an deren legitimen Interessen ausgerichtet. „Rezepte“, wie man einen Fall „aufkocht“ oder seine Krankheiten kuriert, enthält es nicht. Aber es zeigt, weil Verteidigung immer Kampf ist (wie Hans Dahs sen. unwiderlegbar konstatiert hat), wie und wo man ansetzen kann, um sich gegen Vorwürfe und Eingriffe zu wehren, welche defensiven und präventiven Strategien sich empfehlen.

Es ist ein Handbuch der Verteidigung in *Wirtschafts- und Steuerstrafsachen*. Was sich über dem Generalnenner „Verteidigung“ vereinen lässt, findet sich im „Münchener Anwalts-

beck-shop.de

Vorwort

handbuch Strafverteidigung“, herausgegeben von *Gunter Widmaier*. Es wäre, zum Beispiel, nicht sinnvoll gewesen, das Kapitel über die Verteidigung in der Hauptverhandlung in diesem Handbuch zu duplizieren mit einem Abschnitt über die Verteidigung in der Hauptverhandlung in Wirtschaftsstrafsachen, oder hier noch einmal darzustellen, welche Regeln über die Absprache gelten, wenn es um eine Wirtschaftsstrafsache geht. Wir haben versucht, Anschluss zu suchen und Wiederholungen zu vermeiden. Was dieses Handbuch der Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen betrifft, habe ich mich bemüht, die wichtigen Sachgebiete abzudecken. Damit war ich, schon nach eigenen Maßstäben, nicht immer erfolgreich. Mancher wird die Internetkriminalität vermissen, das Markenstrafrecht oder anderes. Davon ganz abgesehen, dass die Grenzen des Wirtschaftsstrafrechts nicht genau gezogen sind, gibt es eben (ab einem gewissem Umfang an Druckseiten) den Unterschied von Handbuch und Enzyklopädie.

Manche Beiträge überschneiden sich ein wenig oder enthalten Ausführungen zu Punkten, die auch in anderen Kapiteln angesprochen werden. Das wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn der Herausgeber in den Stil des Verfasser und den Duktus ihrer Abhandlungen rigoros eingegriffen hätte. Eine Anmaßung dieser Art verbietet sich von selbst.

Zu danken habe ich vielen. Danken möchte ich vor allem den Autoren. Die meisten von ihnen sind Strafverteidiger. Sie waren von allen Seiten unter Druck. Dem mahnenden Verlag (und dem Herausgeber) kann man nur begrenzt entgegenhalten, dass man Mandate habe, und bei drängenden Mandanten kann man sich nicht damit entschuldigen, dass man ein Buch schreiben müsse. Anderer wird es aus vergleichbaren Gründen kaum anders gegangen sein. Danken möchte ich auch den Verantwortlichen es Verlages, den Herren Dr. Schäfer und Dr. Schröder, die in dieser Situation die „praktische Konkordanz“ zwischen Verständnis und Verlagsinteresse gefunden, das Buch intensiv gefördert und betreut sowie viel mühevolle Arbeit im Detail geleistet haben.

München, im Juli 2006

Klaus Volk

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XXXI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil A. Grundlagen des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

§ 1 Begriff und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Grunst/Volk</i>)	1
§ 2 Der Allgemeine Teil des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Volk</i>)	38
§ 3 Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen (<i>Knauer/Kämpfer</i>)	55
§ 4 Compliance (<i>Wessing/Dann</i>).....	101
§ 5 Rechtsfolgen gegen das Unternehmen (<i>Britz</i>)	169
§ 6 Verjährung (<i>Feigen/Graf</i>)	184
§ 7 Verteidigungspraxis (<i>Knierim</i>)	217

Teil B. Besondere Bereiche der Beratung und Verteidigung

§ 8 Strategie und Taktik (<i>Salditt/Minoggio</i>)	329
§ 9 Verständigung im Strafverfahren (<i>Leitner</i>)	352
§ 10 Der Unternehmensanwalt (<i>Kempf/Schilling</i>)	370
§ 11 Compliance-Untersuchungen („internal investigations“) (<i>Park</i>)	438
§ 12 Die Beratung des Unternehmens in der Krise (<i>Wessing</i>)	487
§ 13 Vermögensabschöpfung und Zurückgewinnungshilfe (<i>Rönnau</i>)	544
§ 14 Beweisantragsrecht (<i>Schiller</i>).....	706
§ 15 Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (<i>Vogel</i>).....	744
§ 16 Grenzüberschreitende Strafverteidigung (<i>Nelles/Ahlbrecht</i>)	786

Teil C. Die Verteidigung in spezifischen Deliktsfeldern

§ 17 Betrug (<i>Lesch</i>)	861
§ 18 Untreue (<i>Beukelmann</i>)	909
§ 19 Insolvenzdelikte (<i>Leipold/Böttger</i>)	950
§ 20 Korruption (<i>Greeve/Dörr</i>)	1059
§ 21 Geldwäsche (<i>Berndt</i>)	1156
§ 22 Banken und Kreditwesen (<i>Knierim</i>)	1225
§ 23 Kapitalmarktstrafrecht (WpHG und BörsG) (<i>Rübenstahl/Tsambikakis</i>).....	1294
§ 24 Wettbewerbsrecht (<i>Witting</i>)	1369
§ 25 Kartellrecht (<i>Witting</i>)	1435
§ 26 Publizität und Rechnungswesen (<i>Knierim</i>)	1521
§ 27 Außenwirtschaft (<i>Knierim/Oehmichen</i>)	1593
§ 28 Arbeitsstrafrecht (<i>Greeve</i>)	1643
§ 29 Umweltstrafrecht (<i>Leipold</i>).....	1694
§ 30 Computer- und Internetkriminalität (<i>Beukelmann</i>)	1728
§ 31 Medizin- und Pharmastrafrecht (<i>Tsambikakis</i>)	1751

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Teil D. Steuern, Abgaben und Subventionen

§ 32	Steuerstrafrecht und Steuerordnungswidrigkeiten (<i>Lohr</i>)	1791
§ 33	Das Verfahren in Steuerstrafsachen (<i>Bohnert/Szesny</i>)	1965
§ 34	Zollstrafrecht (<i>Krause/Prieß</i>)	2072
§ 35	Subventionsbetrug (<i>Verjans</i>)	2118
§ 36	Gemeinsamer Markt (<i>Köpp</i>)	2169
	Sachverzeichnis (<i>Hagen</i>)	2217

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Grundlagen des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

	Seite
§ 1 Begriff und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	
I. Einleitung	6
II. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	7
1. Definition	8
2. Systematik	11
3. Streitige Gegenstände	13
III. Kriminologie	13
1. Zum Stand der wirtschaftskriminologischen Forschung	13
2. Täter, Tat, Opfer	14
3. Soziale Kontrolle	15
IV. Die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	16
1. Historische Ursprünge	16
2. Wirtschaftsstrafrecht als Wirtschaftsverwaltungsstrafrecht	17
3. Das moderne Wirtschaftsstrafrecht	18
V. Wirtschaftsstrafrechtlich relevante Gesetzgebung im Einzelnen (bis 2005)	19
1. Materielles Strafrecht	19
2. Sanktionen	26
3. Ordnungswidrigkeitenrecht	27
4. Strafverfahrensrecht	28
5. Wirtschaftsstrafrechtlich relevante Gesetzgebung seit 2006	30
VI. Tatbestandstechniken der Wirtschaftsstrafgesetzgebung	32
1. Sonderdelikte	32
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte	32
3. Leichtfertigkeit	33
4. Normative Tatbestandsmerkmale, Generalklauseln, Blankettatbestände ..	34
5. Schein- und Umgehungshandlungen	35
VII. Kriminalpolitische Probleme des Wirtschaftsstrafrechts	35
1. Der fragmentarische Charakter des Strafrechts	35
2. Das Subsidiaritätsprinzip	36
3. Generalprävention und sozialethisches Rechtsbewusstsein	37

§ 2 Der Allgemeine Teil des Wirtschaftsstrafrechts

I. Die Besonderheiten des Allgemeinen Teils	40
II. Unterlassungsdelikte	41
1. Die Unterscheidung von Tun und Unterlassen	41
2. Die gesetzliche Gleichstellung von Tun und Unterlassen	42
III. Täterschaft und Teilnahme	42
1. Das Rechtsgüterkonzept	42
2. Die gesetzliche Identifikation von Täterschaft und Beihilfe	43
3. Herrschafts- und Pflichtdelikte	44
4. Organisationsherrschaft	45
IV. Versuch	46
1. Vorbereitung und Versuch	46
2. Rücktritt und tätige Reue	46
V. Vorsatz und Irrtum	46
1. Die Vorsatzformen	46
2. Begriff und Beweis	48

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Gefährdungsvorsatz	49
4. Tatbestandsirrtum und Verbotsirrtum	50
5. Die Verteidigung gegen den Vorsatzvorwurf	53
§ 3 Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen	
I. Einführung	57
1. Normative Anknüpfungspunkte strafrechtlicher Verantwortung	58
2. Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen als Zurechnungsproblem .	59
II. Strafrechtliche Verantwortung durch horizontale Zurechnung	65
1. Grundsätzliches	65
2. Horizontale Zurechnung bei Gremienscheidungen	68
3. Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten als Problem der horizontalen Zurechnung	78
4. Fahrlässige Mittäterschaft	86
III. Strafrechtliche Verantwortung durch vertikale Zurechnung	87
1. Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	87
2. Strafbewehrtes Unterlassen (§ 13 StGB)	91
IV. Fazit, Grundsatzfragen und Ausblick	98
§ 4 Compliance	
I. Einleitung	105
1. Begriff	105
2. Abgrenzungen	106
3. Funktionen	106
4. Historische Entwicklung	107
5. Existierende Compliance-Systeme	109
II. Corporate Compliance	112
1. Gesetzliche Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Organisation?	112
2. Criminal Compliance als Risikovermeidung	114
3. Spezielle Criminal Compliance	132
III. Compliance-Organisation	142
1. Strukturelle Elemente	142
2. Implementierung der Compliance-Funktion	146
3. Whistleblowing	155
4. Reaktion	159
IV. Compliance-Officer	160
1. Aufgaben und Qualifikationen	161
2. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	163
V. Ausblick: Auf dem Weg zu einem deutschen Compliance-System?	167
§ 5 Rechtsfolgen gegen das Unternehmen	
I. Unternehmensdelinquenz und Strafrecht	170
II. Die Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	172
1. Die Voraussetzungen von § 30 OWiG im Überblick	172
2. Die Voraussetzungen von § 30 OWiG im Einzelnen	172
3. Die Bemessung der Geldbuße nach § 30 OWiG	176
4. Das Verfahren zur Festsetzung der Geldbuße	178
5. Zur Frage der Verjährung	180
III. Die Unternehmensgeldbuße nach § 81 GWB	180
IV. Verfall und Einziehung	181
1. Der Verfall	182
2. Die Einziehung	183
3. Exkurs: Abführung des Mehrerlöses	183

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 6 Verjährung	
I. Einleitung	185
II. Rechtsnatur der Verjährung	186
1. Materielles Recht oder Prozessrecht?	186
2. Folgerungen aus der Rechtsnatur	187
III. Beginn und Ende der Verjährungsfrist	188
1. Verjährungsfristen	188
2. Beginn der Verjährung	190
3. Ende der Verjährungsfrist	197
4. Ruhen der Verjährung	197
5. Verjährungsunterbrechung	199
6. Rechtsfolgen bei Beseitigung der Rechtskraft	208
IV. Wirkungen der Verjährung	209
1. Rechtsfolgen bei eingetretener Verjährung	209
2. Exkurs: überlange Verfahrensdauer	209
3. Keine Verjährung der Nachtat bei Verjährung der Vortat?	210
4. Verjährung bei Einziehung und Verfall	210
5. Bedeutung der Verjährung für das Auslieferungsrecht	211
V. Die Verjährung im Rechtsmittelverfahren	211
VI. Vollstreckungsverjährung	212
1. Verjährungsfrist, § 79 StGB	212
2. Ruhen, § 79 a StGB	213
3. Verlängerung, § 79 b StGB	213
VII. Bedeutung der Verjährung für die Praxis des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	213
1. Allgemeines	213
2. Verjährung und strafprozessuale Maßnahmen im Ermittlungsverfahren ...	215
3. Bedeutung der Verjährung im Zwischenverfahren	215
4. Bedeutung der Verjährung in der Hauptverhandlung	215
§ 7 Verteidigungspraxis	
I. Verteidigungsaufgaben	220
1. Verteidigung: Beistand oder Produkt?	220
2. Zum Schutz des Mandanten	223
3. Weitere Verteidigungsaufgaben	229
II. Klärung der Interessen	230
1. Notwendigkeit	230
2. Zeitpunkt und Prüfung	232
3. Interessenkollision	233
4. Parteiverrat, § 356 StGB	235
5. Doppelvertretung, § 146 StPO	236
6. Ausschluss des Verteidigers, §§ 138 a-d StPO	238
III. Mandat	239
1. Mandatsanbahnung	239
2. Wahlverteidigung	243
3. Pflichtverteidigung	244
4. Anwaltswechsel	248
5. Vergütung und Erstattung	250
6. Beendigung des Mandats	254
IV. Beratung des Mandanten	254
1. Beratungsfreiheit	254
2. Situationsanalyse, Arbeitsthesen, Strategien	256

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Beratung über strafprozessuale Maßnahmen, Ermittlungstaktik und das richtige Verhalten	264
4. Beratung über die Rechtslage	269
5. Rechtsschutz, Antragsrechte, Anregungen im Verfahren	273
6. Beratung über Straffreiheit, Strafmilderung, Nichtfeststellbarkeit	277
7. Beratung über die Strafzumessung, Nebenfolgen und Vollzug	279
8. Außerstrafrechtliche Wirkungen	282
V. Verteidigungshandeln	285
1. Allgemeine Grundsätze	285
2. Informationsbeschaffung und -aufbereitung	289
3. Zusammenarbeit zwischen Verteidigern	297
4. Einwirken auf den Tatsachenstoff	299
5. Einwirken auf die Rechtsauslegung	301
6. Einwirken auf die Verfahrenslage	303
7. Öffentlichkeits- und Medienarbeit	305
8. Politische und gewerkschaftliche Arbeit	306
9. Ist Angriff die beste Verteidigung?	307
VI. Büroorganisation	309
1. Allgemeines	309
2. Aufbau- und Ablauforganisation	309
3. Optimal wirtschaften	312
4. Mitarbeiterführung	313
5. Informations- und Wissensmanagement	314
VII. Schranken der Verteidigung	315
1. Schranken durch Verfahrensstellung und richterliche Anordnungen	315
2. Strafvereitelung, § 258 StGB	319
3. Geldwäsche, § 261 StGB	322
4. Bruch der Verschwiegenheitspflicht, §§ 43 a Abs. 3 BRAO, 203 StGB	324
5. Berufsrechtliche Sanktionen	325
6. Zivilrechtliche Haftung des Verteidigers	325

Teil B. Besondere Bereiche der Beratung und Verteidigung

§ 8 Strategie und Taktik

I. Die Grundlagen (Salditt)	330
1. Organisation („äußerer Sockel“)	330
2. Strategie und Taktik (frei nach Clausewitz)	335
3. Einzelner und Gruppe („innerer Sockel“)	338
4. Die Hauptverhandlung: strategische Grenzsituation	340
5. Fazit	343
II. Neues zu Strategie und Taktik: Ausprägungen des Wirtschaftsstrafverfahrens im neuen Kleid (Minoggio)	344
1. Die unternehmenseigene Untersuchung	344
2. Die Verständigung im Wirtschaftsstrafverfahren	347
3. Nachtrag und Ausblick: (Wie) werden sich Strategie und Taktik der Verteidigung im Wirtschaftsstrafverfahren durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. März 2013 – 2 BvR 2628/10 verändern?	350

§ 9 Verständigung im Strafverfahren

I. Die Entwicklung der Verständigung im deutschen Strafprozess	353
1. Der 4. Strafsenat des BGH	353
2. Der Große Senat für Strafsachen	354

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Rechtspolitische Initiativen aus der Anwaltschaft	354
4. Die Verständigung wird Gesetz	356
5. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Verständigung	356
II. Das Rechtsgespräch im Rahmen der Verständigung	357
1. Das Rechtsgespräch im Ermittlungsverfahren	357
2. Das Rechtsgespräch im Zwischenverfahren	358
3. Das Rechtsgespräch nach Eröffnung des Hauptverfahrens außerhalb der Hauptverhandlung	358
4. Das Rechtsgespräch in der Hauptverhandlung	359
III. § 257c StPO: Die Verständigung	360
1. Gegenstand der Verständigung	360
2. Das Geständnis	363
3. Das Verfahren bei einer Verständigung	364
4. Die Verbote bei der Verständigung	367
IV. Schluss	369
 § 10 Der Unternehmensanwalt	
I. Einführung	373
II. Der strafrechtliche Unternehmensanwalt	374
1. Begriffsbestimmung	374
2. Rechtlicher Rahmen	374
III. Der Unternehmensanwalt als strafrechtlicher Berater	375
1. Haftungsrisiken des Unternehmens	376
2. Unternehmensinteressen und -verpflichtungen	379
3. Beauftragung/Mandatierung	382
4. Aufgabenfelder: Strafrechtliche Beratung, Prävention, „Compliance“	383
IV. Der Unternehmensanwalt und interne Ermittlungen	383
1. Anlass und Motivation für interne Ermittlungen	385
2. Durchführung Interner Ermittlungen	388
3. Abschluss und Ergebnis interner Ermittlungen	398
V. Die Rolle des Unternehmensanwalts im Strafverfahren	400
1. Mandatsverhältnisse	400
2. Der Unternehmensanwalt als Zeuge	402
3. Rolle und Aufgaben des Unternehmensanwalts bei Durchsuchungen	405
4. Der Unternehmensanwalt als Zeugenbeistand	422
5. Der Unternehmensanwalt als Nebenbeteiligtenvertreter	422
6. Der Unternehmensanwalt im Adhäsions- und Privatklageverfahren	425
7. „Sockelverteidigung“	426
VI. Der Unternehmensanwalt als „Rückgewinnungsgehilfe“	427
VII. Fragen der Akteneinsicht	429
1. Akteneinsicht für das Unternehmen	429
2. Abwehr von Akteneinsichtsgesuchen Dritter	431
VIII. Kommunikation mit Medienvertretern	434
IX. Kostenfragen	435
1. Honoraranspruch des Unternehmensanwalts	435
2. Übernahme von Anwaltskosten für Mitarbeiter durch das Unternehmen	435
3. Übernahme finanzieller Sanktionen, Auflagen und Käutionen	437
 § 11 Compliance-Untersuchungen („internal investigations“)	
I. Grundlagen	440
1. Phänomenologie	440
2. Begriff der Compliance-Untersuchung	441

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Pflicht zur Durchführung von Compliance-Untersuchungen	443
4. Verhältnis von Compliance-Untersuchungen zu strafprozessualen Ermittlungen	447
5. Projektplanung und -organisation	448
II. Untersuchungsmaßnahmen	452
1. Allgemeines	452
2. Auswertung unternehmensinterner Daten und Nutzung frei zugänglicher externer Daten	457
3. Mitarbeiterbefragungen	458
4. EDV-Auswertung, E-Mail und Internet-Spuren	468
5. Öffnen von Post am Arbeitsplatz	473
6. Akustische Telefonüberwachung	473
7. Akustische Raumüberwachung	475
8. Kameraüberwachung	476
9. Zuverlässigkeitstests	477
III. Schutz der erhobenen Informationen	478
1. Vor behördlichen Auskunftsverlangen	478
2. Vor behördlicher Beschlagnahme	480
IV. Schutz der von Untersuchungsmaßnahmen betroffenen Personen	483
1. Anwaltlicher Beistand	483
2. Amnestieprogramme	484

§ 12 Die Beratung des Unternehmens in der Krise

I. Unternehmen und Strafrecht	489
1. Die (prozess-)rechtlichen Besonderheiten des Wirtschaftsstrafrechts	489
2. Die praktische Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	491
II. Arten der Krise	495
1. Das Unternehmen als Subjekt wie Objekt strafrechtlicher Angriffe.	495
2. Das Unternehmen als Objekt des Ermittlungsinteresses	505
III. Der Zeitpunkt des ersten Handelns	509
1. Die vermutete Krise	509
IV. Strategieberatung	511
1. Analyse der Sach- und Rechtssituation	511
2. Strategische Vorfrage: Wer leitet das Verfahren?	512
3. Spezialisten und Gutachter	520
4. Verhalten des Unternehmensverteidigers gegenüber Individual- verteidigern	522
5. Sachfragen	522
6. Rechtsfragen	525
V. Analyse – Stellung, Handlungsmöglichkeiten und Interesse des Unternehmens ..	527
1. Probleme der Abstraktion von Individualinteressen	527
2. Aufseneinflüsse	527
3. Interne Effekte	528
4. Finanzielle Auswirkungen	529
5. Umsetzung der gefundenen Strategie nach innen	532
6. Umsetzung der Strategie nach außen	534
VI. Auftreten gegenüber Ermittlungsbehörden und Gerichten	539
1. Abstimmung mit dem Unternehmen	539
2. Abstimmung mit Individualverteidigern	539
3. Die Unternehmensstellungnahme	540
4. Die Ausübung der Verfahrensrechte durch den Unternehmensvertreter	541
5. Einschaltung in abgestimmte Verfahrensbeendigungen	541
6. Krisenmanagement in der Hauptverhandlung	543

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 13 Vermögensabschöpfung und Zurückgewinnungshilfe	
Einleitung	546
I. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Vermögensabschöpfung durch Verfall	548
1. Anfangsverdacht einer Straftat nach § 152 Abs. 2 StPO als Ausgangspunkt	548
2. Vorliegen tauglicher Vermögensgegenstände – das durch die Tat erlangte Etwas	554
II. Maßnahmen der Vermögensabschöpfung durch Verfall im Strafverfahren bis zur gerichtlichen Entscheidung	593
1. Sicherstellung im staatlichen Interesse	593
2. Die Sicherstellung im Interesse des Verletzten („Zurückgewinnungshilfe“) gem. § 111 b Abs. 5 StPO	615
3. Verfahrensrechtliche Einzelfragen beim Verfall	660
III. Die Anordnung des einfachen Verfalls und des Verfalls von Wertersatz	677
1. Allgemeines	677
2. „Berücksichtigungsgebote“	678
3. Der Ausschluss des Verfalls gem. § 73 Abs. 1 S. 2 StGB	685
4. Die Bedeutung der Härteklausel gem. § 73 c StGB	686
IV. Die Anordnung des erweiterten Verfalls nach § 73 d StGB	690
1. Erleichterungen bei der Anordnung des erweiterten Verfalls	691
2. Anwendbarkeit des § 73 Abs. 1 S. 2 StGB auf den erweiterten Verfall	694
V. Die selbständige Anordnung von Verfall und Einziehung gem. § 76 a StGB i. V. m. den §§ 440 ff. StPO	695
VI. Risikotragung beim Wertverlust sichergestellter Vermögenswerte	697
VII. Vermögensabschöpfung durch Verzicht	697
VIII. Urteils-/Entscheidungsanfechtung und Rechtskraft	699
1. Allgemeines	699
2. Die Beschränkung des Rechtsmittels auf die Rechtsfolge des Verfalls	699
3. Anfechtung der Vermögenseinziehung nach Verzicht	700
4. Die Wirkung des Verfalls bei Rechtskraft, §§ 73 e StGB, 60 StrafVollstrO	701
5. Vollstreckung von (Wertersatz-)Verfallsanordnungen gem. § 459 g StPO	702
6. Das Absehen von der Vollstreckungsaussetzung nach § 57 Abs. 6 StGB	703
7. Die nachträgliche Anordnung von Verfall und Einziehung des Werter- satzes gem. § 76 StGB i. V. m. § 462 Abs. 1 S. 2 StPO	705
IX. Regressansprüche und Verfall	705
§ 14 Beweisantragsrecht	
I. Vorbemerkung	707
II. Beweisantragsrecht im Ermittlungsverfahren	708
1. Strategische Überlegungen	708
2. Beweisantragsmöglichkeiten im Rahmen des Ermittlungsverfahrens	709
3. Exkurs: „Internal Investigations“/Privatisierung von hoheitlicher Ermittlungskompetenz	714
III. Beweisantrag im Zwischenverfahren (§§ 201, 202 StPO)	717
IV. § 219 StPO	717
V. Der Beweisantrag in der Hauptverhandlung	718
1. Vorbemerkung	718
2. Zum besseren Verständnis: ein kurzer geschichtlicher Überblick	720
3. Sachaufklärungspflicht und Verfahrensverständigung (§ 257 c StPO)	721
4. Zum Beweisantrag in der Hauptverhandlung im Einzelnen	724
5. Der Zeitpunkt des Beweisantrages	732
VI. Die Bescheidung von Beweisanträgen	732
1. Verbot der Beweisantizipation	733

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Unzulässigkeit der Beweiserhebung	733
3. Offenkundigkeit	734
4. Schon erwiesene Tatsachen	734
5. Bedeutungslosigkeit	734
6. Ungeeignetheit	735
7. Unerreichbarkeit	736
8. Prozessverschleppung/Befristung von Beweisanträgen	736
9. Wahrunterstellung	739
10. § 244 Abs. 4 StPO	739
11. § 244 Abs. 5 S. 2 StPO	741
VII. Schlussbemerkung	742
 § 15 Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	
I. Einführung	746
1. Wirtschafts- und Steuerstrafsachen mit internationaler Dimension	746
2. Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht i. e. S.: Räumliche Geltung, Strafanwendungsrecht	748
3. Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht i. w. S.: Völkerrechtliche Vorgaben	749
II. Vorfragen des internationalen Wirtschafts- und Steuerrechts	751
1. Internationales Wirtschafts- und Steuerrecht	751
2. Wechselwirkungen mit dem internationalen Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	753
3. Fremdrechtsanwendung im Wirtschafts- und Steuerrecht sowie -strafrecht	754
III. Schutzbereichsfragen	756
1. So genannte inländische und ausländische Rechtsgüter	757
2. Schutzbereichserweiterungen auf völker- und europarechtlicher Grundlage	760
3. Irrtum über den Schutzbereich	761
IV. Fragen der räumlichen Geltung	762
1. Inlandstaten (§§ 3, 9 StGB)	764
2. Auslandstaten	768
3. Irrtum über die räumliche Geltung	770
V. Völker- und europarechtliche Vorgaben für das Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	771
1. Völkerrechtliche Vorgaben	772
2. Europarechtliche Vorgaben	774
3. Völker- und europarechtskonforme Auslegung	778
VI. Prozessuale Fragen des internationalen Wirtschafts- und Steuerstrafrechts	780
1. Gerichtsbarkeit und internationale Kompetenzkonflikte	780
2. Prozessuale Behandlung völker- und europarechtlicher Vorgaben	782
3. Prozessuale Behandlung fremden Rechts	784
VII. Checkliste	785
 § 16 Grenzüberschreitende Strafverteidigung	
I. „Grenzüberschreitungen“ des Strafrechts im Überblick	789
1. Horizontale Perspektive	789
2. Vertikale Perspektive	790
3. Prototypische Fallkonstellation	794
II. Grenzüberschreitende Anwaltsdienstleistung	795
1. Ausländische (Mit-)Verteidiger in Verfahren in Deutschland	795
2. Deutsche (Mit-)Verteidiger in Verfahren im Ausland	798
3. Grenzüberschreitende Verteidigerkooperation als Antwort auf die grenzüberschreitende Kooperation der Strafverfolgungsbehörden	799

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Mandatsführung und Verteidigungskonzeption	800
1. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	800
2. Das „Prinzip der gegenseitigen Anerkennung“	819
3. Verteidigung im Auslieferungsverfahren	821
4. Verteidigung im sonstigen Rechtshilfeverfahren	835
5. „Grenzüberschreitungen“ im Hauptverfahren	846
6. Das Instrument der Richtlinie – Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	857
IV. Materiellrechtliche Fragen	859
V. Beratungsschwerpunkte	860

Teil C. Die Verteidigung in spezifischen Deliktsfeldern

§ 17 Betrug

I. Überblick	862
II. Mandatsführung und Verteidigungskonzeption	863
1. Allgemeines	863
2. Mandatsführung	864
3. Verteidigung des „schuldigen“ Mandanten	865
4. „Nebenkriegsschauplätze“	870
5. Absprachen	870
III. Materiellrechtliche Fragen des Tatbestands	871
1. Geschütztes Rechtsgut und Deliktsstruktur	871
2. Täuschung	871
3. Irrtum	878
4. Vermögensverfügung	883
5. Vermögensschaden	886
6. Vorsatz	892
7. Bereicherungsabsicht	895
8. Versuch, Vollendung und Beendigung	899
9. Konkurrenzen	900
10. Strafzumessung	903

§ 18 Untreue

I. Einleitung (Historische Entwicklung)	910
1. Die Novelle vom 26. 5. 1933	910
2. Rechtsgüterschutz durch § 266 StGB im heutigen Wirtschaftsleben	911
II. Die Tatbestände	912
1. Missbrauchs- und Treubruchtatbestand	912
2. Vermögensbetreuungs- und Vermögensfürsorgepflichten	913
3. Die Pflichtverletzung	922
4. Der Schaden (Vermögensnachteil) bei § 266 StGB	938
5. Zurechnungsfragen	944
6. Der Vorsatz der Untreue	946
III. Täterschaft und Teilnahme	948
IV. Verteidigung bei § 266 StGB	948

§ 19 Insolvenzdelikte

I. Einleitung	952
1. Bedeutung für die Praxis	952
2. Mitteilungen in Zivilsachen und Ermittlungsverfahren (MiZi)	956
3. Voraussetzungen für ein Tätigkeitsverbot als Geschäftsführer	958

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Allgemeiner Teil	959
1. Überschuldung	959
2. Zahlungsunfähigkeit	962
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	966
4. Verhältnis zwischen den Merkmalen Überschuldung, drohende Zahlungsunfähigkeit und Zahlungsunfähigkeit	967
5. Taugliche Täter der Bankrottdelikte	968
III. Besonderer Teil	971
1. Insolvenzstraftaten des StGB	971
2. Insolvenzverschleppung	1003
3. Sonstige Straftaten im Zusammenhang mit der Insolvenz	1012
IV. Beratungsschwerpunkte	1024
1. In der Krise	1024
2. Nach Eintritt der Insolvenz	1038
3. Im Insolvenzverfahren nach der InsO	1039
4. Insolvenzgeheimnis und Strafverfahren	1049
5. Sanktionen und Konsequenzen	1051
6. Strafrechtliches Risiko des Beraters	1055

§ 20 Korruption

I. Einführung	1063
1. Korruptionsdelikte und Strafverteidigung	1063
2. Begriff und Typologie der Korruption	1066
3. Korruptionsbekämpfung in der Praxis polizeilicher und staatsanwalt-schaftlicher Ermittlungen	1067
4. Korruptionsdelikte in der Praxis der Strafverteidigung	1068
5. Versuch einer Typologie der potenziellen Mandanten	1068
II. Überblick über die Korruptionsdelikte und ihre wesentlichen Änderungen	1070
1. Die Korruptionsdelikte	1070
2. Das Korruptionsbekämpfungsgesetz vom 13. 8. 1997	1070
3. Entwicklung auf internationaler Ebene	1071
4. Versagung des Betriebsausgabenabzugs	1072
III. Das öffentliche Dienstrecht	1072
1. Bedeutung des öffentlichen Dienstrechts	1072
2. Überblick über die gesetzlichen Grundlagen des Dienstrechts	1073
3. Disziplinarrechtliche Folgen	1074
4. Richtlinien	1075
IV. Die Korruptionsdelikte gemäß §§ 331–336 StGB – das materiell-rechtliche Recht im Überblick –	1076
1. Systematik der klassischen Korruptionsdelikte und geschütztes Rechts-gut	1076
2. Amtsträgereigenschaft	1077
3. Der Vorteil	1085
4. Tathandlung	1089
5. Abschluss einer Unrechtsvereinbarung	1090
6. Qualifizierte Formen: Bestechung (§ 334 StGB) und Bestechlichkeit (§ 332 StGB)	1095
7. Täterschaft	1097
8. Vorsatz- und Irrtumsfragen	1098
9. Genehmigung der Annahme des Vorteils nach § 331 Abs. 3 bzw. § 333 Abs. 3 StGB	1098
10. Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung (§ 335 StGB) ..	1100
11. Erweiterter Verfall	1100

Inhaltsverzeichnis

	Seite
12. Verjährung	1100
13. Konkurrenzen	1101
V. Haftung des Verteidigers	1102
VI. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)	1102
1. Struktur des § 299 StGB	1102
2. Geschützte Rechtsgüter	1103
3. Einzelne Tatbestandsvoraussetzungen	1104
4. Relatives Antragsdelikt (§ 301 StGB)	1111
5. Besonders schwere Fälle (§ 300 StGB)	1111
6. Erweiterter Verfall (§ 302 StGB)	1111
VII. Korruptionsdelikte auf internationaler Ebene	1111
1. Überblick	1111
2. EUBestG	1112
3. IntBestG	1113
4. Foreign Corrupt Practises Act (FCPA)	1115
5. UK Bribery Act 2010	1115
VIII. Begleitdelikte	1116
1. Wettbewerbswidrige Absprachen gemäß § 298 StGB	1116
2. Wettbewerbswidrige Absprachen als Submissionsbetrug im Sinne des § 263 StGB	1119
3. Sonstige Betrugsdelikte	1121
4. Untreue (§ 266 StGB)	1121
5. Steuerstrafrechtliche Delikte	1126
6. Verletzung des Geheimbereichs	1132
7. Urkundenfälschung (§ 267 StGB)	1133
8. Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat (§ 357 StGB)	1133
9. Strafvereitelung im Amt (§§ 258, 258a StGB)	1133
10. Erpressung (§ 253 StGB)	1134
11. Geldwäsche (§ 261 StGB)	1134
IX. Schadensfeststellung und -schätzung in Zusammenhang mit Korruptionsdelikten	1135
X. Sonstige Folgen von Korruption	1138
1. Bebußung des Unternehmens und des Aufsichtspflichtigen	1138
2. Gewinnabschöpfung	1139
3. Eintragungen in das Gewerbezentralsregister und Gewerbeuntersagung	1140
4. Berufsverbot (§§ 61 Nr. 6, 70 StGB)	1140
5. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge und Korruptionsregister	1141
6. Zivilrechtliche Folgen	1143
XI. Besonderheiten bei Korruptionsverfahren	1147
1. Zusammenarbeit der ermittelnden Behörden	1147
2. Besonderheiten des Korruptionsermittlungsverfahrens	1149

§ 21 Geldwäsche

I. Geldwäsche als Problem der anwaltlichen Beratung	1159
II. Geldwäsche als rechtspolitisches Phänomen	1160
1. Geschichte der Geldwäschegesetzgebung	1161
2. Konzept der Geldwäsche gesetzgebung und dessen Umsetzung	1164
III. Geldwäsche und Wirtschaft	1166
1. Definition der Geldwäsche	1166
2. Erscheinungsformen der Geldwäsche	1166
3. Terrorismusfinanzierung	1167
IV. Repression: Geldwäsche als Straftat, § 261 StGB	1168
1. Rechtsgut und Zweck der Norm	1168

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Täter der Geldwäsche	1169
3. Die Vortaten der Geldwäsche, § 261 Abs. 1 S. 2 StGB	1169
4. Der Begriff des „Gegenstandes“	1171
5. Sonderfall: Steuerstraftaten	1172
6. Das „Herrühren“ aus der Vortat	1174
7. Tathandlungen	1181
8. Tatbestandsrestriktionen	1184
9. Subjektiver Tatbestand	1187
10. Fahrlässigkeit	1188
11. Persönliche Strafaufhebungsgründe, § 261 Abs. 9	1190
12. Konkurrenzen	1190
13. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 261 StGB	1191
V. Prävention: Geldwäschesegesetz	1193
1. Identifizierungs- und Dokumentationspflichten	1194
2. Meldepflichten in Verdachtsfällen	1198
3. Organisationspflichten	1201
4. Anlass der Handlungspflichten	1203
5. Ausgewählte Normadressaten	1204
6. Verhältnis zum Bankaufsichtsrecht	1207
7. Sanktionen bei Pflichtverstößen	1207
VI. Besonderheiten in Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche	1208
1. Vermögensbeschlagnahme und vorläufige Sicherungsmaßnahmen (§§ 111b–111d, 111p StPO)	1208
2. Datenerfassung (§§ 98a, 98b StPO)	1210
3. Telefonüberwachung (§ 100a StPO)	1210
4. Lauschangriff (§§ 100c ff. StPO)	1211
5. Rechtsschutz	1212
6. Kontrolle des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs	1212
7. Zentralstelle für Verdachtsanzeigen	1213
8. Zusammenfassung und Wertung	1213
VII. Das Problem der Geldwäsche in der Praxis	1213
1. Vorfeldberatung	1213
2. Ansätze für eine erfolgreiche Verteidigungsstrategie bei Geldwäsche- verdacht	1215
3. Hinweise für einzelne Branchen	1216
VIII. Ausblick	1222
§ 22 Banken und Kreditwesen	
I. Begriffe, Bedeutung und Entwicklung	1227
1. Begriffe	1227
2. Entwicklungen des Bank- und Bankaufsichtsrechts	1229
3. Hinweise zur Verteidigung	1232
II. Geld- und Zahlungsverkehr	1233
1. Einführung	1233
2. Schutz des Geldverkehrs vor falschen Zahlungsmitteln	1234
3. Kassengeschäfte und Geldwäsche	1238
4. Edelmetall- und Devisengeschäfte	1241
5. Bargeldverfügungen	1242
6. Überweisungen	1245
7. Lastschriften	1248
8. Wechsel- und Scheckbetrug	1250
9. Scheckkarten- und Kreditkartenmissbrauch	1252
III. Finanzierungsgeschäfte der Banken	1254
1. Einführung	1254

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Kreditbetrug und Betrug	1255
3. Untreue durch Kreditvergabe, § 266 StGB	1263
4. Sonstiges strafbares Verhalten im Kreditgeschäft	1275
IV. Bankspezifische Strafnormen	1277
1. Einführung	1277
2. Unerlaubte Bankgeschäfte, § 54	1282
3. Herbeiführung einer Bestandsgefährdung, § 54a KWG n.F.	1284
4. Insolvenz von Finanzinstituten, § 55 KWG	1285
5. Unbefugte Offenbarung §§ 55 a–55 b KWG	1285
6. Ordnungswidrigkeiten, §§ 56, 59 KWG	1287
7. Depotunterschlagung und falsche Depotanzeigen	1288
8. Ungedekte Pfandbriefemissionen	1289
9. Strafrechtliche Bestimmungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB)	1291
10. Straftaten im ZAG	1292
§ 23 Kapitalmarktstrafrecht (WpHG und BörsG)	
I. Einführung	1298
1. Das Kapitalmarktstrafrecht	1298
2. Finanzmarkt- und Börsenaufsichtsorganisation sowie Verfahrens-, besonderheiten	1305
II. Straftaten nach WpHG	1309
1. Insiderstraftaten (§ 38 Abs. 1, Abs. 2 a WpHG)	1309
2. Marktmanipulation (§ 38 Abs. 2 WpHG)	1334
III. Straftat gegen das Börsengesetz: Verleiten zu Börsenspekulationsgeschäften (§ 49 BörsG)	1363
1. Allgemeines	1363
2. Straftatbestand	1364
§ 24 Wettbewerbsrecht	
I. Überblick	1371
1. Der internationale und europäische Einfluss auf das Wettbewerbsrecht	1372
2. Das Recht gegen unlauteren Wettbewerb.	1374
3. Der Gewerbliche Rechtsschutz und das Urheberrecht.	1375
II. Straftaten in der Werbung	1376
1. Die irreführende Werbung, § 16 Abs. 1 UWG	1377
2. Die progressive Kundenwerbung, § 16 Abs. 2 UWG	1380
III. Verletzung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen	1383
1. Das Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis	1384
2. Der Geheimnisverrat, § 17 Abs. 1 UWG	1385
3. Die Geheimnisverschaffung, § 17 Abs. 2 UWG	1388
4. Die Verwertung von Vorlagen, § 18 UWG	1391
5. Das Verleiten und Erbieten zum Verrat, § 19 UWG	1392
6. Sonstige Vorschriften	1393
IV. Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (Produkt- und Markenpiraterie)	1395
1. Das Produktpirateriegesetz	1396
2. Das Urheberrechtsgesetz	1398
3. Das Markengesetz	1408
4. Das Patentgesetz	1418
5. Das Gebrauchsmustergesetz	1421
6. Das Geschmacksmusterschutzgesetz	1423
7. Das Halbleiterschutzgesetz	1425
8. Das Sortenschutzgesetz	1427

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Besonderheiten im Verfahren	1428
1. Die Straftaten in der Werbung	1428
2. Die Verletzung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen	1429
3. Die Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten	1431
 § 25 Kartellrecht	
I. Überblick	1437
1. Das europäische Kartellrecht	1439
2. Das deutsche Kartellrecht	1445
3. Das Verhältnis des europäischen und deutschen Kartellrechts	1447
II. Die Bebußung im europäischen Kartellrecht	1449
1. Die Systematik der Bußgeldtatbestände	1449
2. Der Verstoß gegen das allgemeine Kartellverbot aus Art. 101 Abs. 1 AEUV	1451
3. Die verfahrensrechtlichen Besonderheiten	1458
4. Die Sanktion	1466
III. Das deutsche Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1470
1. Die Systematik der Bußgeldratbestände	1471
2. Die Haftungstroika im Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1473
3. Der Verstoß gegen das allgemeine Kartellverbot	1481
4. Die verfahrensrechtlichen Besonderheiten	1488
5. Die Rechtsfolgen einer Zuwiderhandlung	1502
IV. Die Submissionsabsprache – eine Straftat im deutschen Kartellrecht	1508
1. Die Submission bei öffentlicher Auftragsvergabe	1509
2. Der Submissionsbetrug, § 263 StGB	1512
3. Die wettbewerbsbeschränkende Absprache bei Ausschreibungen, § 298 StGB	1515
4. Sonstige Straftaten im Zusammenhang mit einer Submissionsabsprache ..	1519
5. Das Zusammentreffen von Ordnungswidrigkeit und Straftat	1520
 § 26 Publizität und Rechnungswesen	
I. Verteidigungspraxis	1524
1. Aufgaben und Interessen	1524
2. Mandatsannahme und Beratung	1526
3. Verteidigungshandeln	1528
II. Unrichtige Unternehmensabschlüsse	1529
1. Einführung	1529
2. Anwendungsbereich der Bilanzdelikte	1536
3. Tathandlungen nach § 331 Nr. 1–3 HGB	1542
4. Tathandlungen nach § 334 HGB	1550
III. Falsches Rechnungswesen	1552
1. Überblick	1552
2. Unrichtige Informationen in Handelsbüchern	1554
3. Unrichtiges oder fehlendes Baubuch	1555
4. Weitere Handelsbücher	1557
IV. Falsche Publizität	1557
1. Überblick	1557
2. Unrichtige Information über die Verhältnisse des Unternehmens	1558
3. Unrichtige Informationen gegenüber Prüfern	1565
4. Unrichtige Informationen in öffentlichen Ankündigungen	1567
5. Verletzung der Geheimhaltungspflicht	1568
V. Falsche Registerangaben	1571
1. Überblick	1571
2. Unrichtige Gründungsangaben	1573

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Unrichtige Angaben über Kapitalveränderungen	1575
4. Unrichtige Informationen bei Abwicklung der Gesellschaft	1576
5. Unrichtige Angaben über Leitungspersonen	1577
6. Unrichtige Angaben über die Umwandlung	1577
VI. Falsche Prüfungsberichte	1578
1. Überblick	1578
2. Grundlagen der Abschlussprüfung	1581
3. Strafnormen, Ordnungswidrigkeiten	1582
4. Sonstige strafrechtliche Bedeutung des Prüfungsberichts	1585
5. Verteidigungsmöglichkeiten	1586
VII. Checklisten	1590

§ 27 Außenwirtschaft

I. Einleitung	1595
1. Internationale Handelsgeschäfte und staatliche Kontrolle	1595
2. Ermittlungs- und Verwaltungsbehörden	1599
3. Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens	1600
II. Außenhandelskontrollen	1601
1. Exportkontrollen	1601
2. Genehmigungspflichten	1602
3. Genehmigungsarten	1603
4. Genehmigungsverfahren	1604
5. Grenzübertritt	1605
III. Außenwirtschaftsstrafrecht	1605
1. Einleitung	1605
2. Embargoverstöße, § 17 AWG n. F.	1612
3. Weitere Straftaten, § 18 AWG n. F.	1614
4. Ordnungswidrigkeiten gem. § 19 AWG n. F.	1617
5. Ausfuhr oder Verbringung ohne Genehmigung, § 34 Abs. 1 AWG a. F.	1618
6. Qualifizierte Zu widerhandlungen § 34 Abs. 2 AWG a. F.	1619
7. Förderung der ungenehmigten Ausfuhr oder Verbringung, § 34 Abs. 3 AWG a. F.	1622
8. Embargoverstöße, § 34 Abs. 4 AWG a. F.	1623
6. Ordnungswidrigkeiten, § 33 AWG a. F.	1624
10. Sonstige Strafnormen	1625
IV. Kriegswaffenstrafrecht	1630
1. Einleitung	1630
2. Vergehen nach § 19 KWKG (Atomwaffen)	1632
3. Biologische und chemische Waffen, §§ 18, 20 KWKG	1633
4. Antipersonenminen, §§ 18 a, 20 a KWKG	1634
5. Genehmigungsverstöße nach §§ 2–4 a, 22 a KWKG	1635
6. Ordnungswidrigkeiten (§ 22 b KWKG)	1639
7. Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen	1639
8. Sonstige Strafbestimmungen	1641
V. Weiterführende Informationen	1641
1. Merkblätter/BAFA-Veröffentlichungen	1641
2. Umschlüsselungsverzeichnis	1642
3. HADDEX	1642
4. Internetadressen	1642

§ 28 Arbeitsstrafrecht

I. Einführung	1645
---------------------	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Materielles Recht	1645
1. Überblick	1645
2. Ausgewählte Tatbestände der illegalen Beschäftigung	1647
3. Straf- und Bußgeldvorschriften nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und SGB III	1651
4. Lohnwucher (§ 291 StGB)	1657
5. Arbeitnehmerüberlassung	1657
6. Illegale Arbeitsvermittlung und Anwerbung	1671
7. Verstöße nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)	1672
8. Verstöße nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	1676
9. Vorenthalten von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung (§§ 263, 266 a StGB)	1680
10. Arbeitsschutz	1685
III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1691
1. Zuständige Behörden im Bereich der illegalen Beschäftigung	1691
2. Zuständige Behörden im Bereich des Arbeitsschutzes	1692
3. Anforderungen an tatrichterliche Feststellungen	1693

§ 29 Umweltstrafrecht

I. Einleitung	1695
II. Grundlagen	1696
1. Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechts	1696
2. Rechtfertigender Notstand	1701
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Amtsträgern	1702
4. Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen	1704
5. Begriffsbestimmungen des § 330 d StGB	1706
6. Rechtsfolgen	1708
III. Die einzelnen Straftatbestände	1710
1. Gewässerverunreinigung (§ 324 StGB)	1710
2. Bodenverunreinigung, § 324 a StGB	1713
3. Luftverunreinigung, § 325 StGB	1715
4. Verursachen von Lärm, Erschütterungen, nichtionisierenden Strahlungen, § 325 a StGB	1717
5. Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen, § 326 StGB	1718
6. Unerlaubtes Betreiben von Anlagen, § 327 StGB	1722
7. Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen und Gütern, § 328 StGB ...	1722
8. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, § 329 StGB	1723
IV. Nebenstrafrecht	1723
1. Verhältnis zum Kernstrafrecht	1723
2. Übersicht	1724
V. Europäisches und internationales Umweltstrafrecht	1726
1. Einfluss des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das nationale Umweltstrafrecht	1726
2. Internationales Umweltstrafrecht	1726

§ 30 Computer- und Internetkriminalität

I. Einleitung	1729
II. Die Bedeutung von Daten	1730
III. Erscheinungsformen von Straftaten	1732
1. Angriffe gegen Daten	1732
2. Computer als Tatwerkzeug	1739

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Strafverfolgung	1740
1. Schutzgut	1740
2. Verfolgungsdichte	1740
V. Reformbestrebungen	1749
VI. Probleme der Verteidigung	1750

§ 31 Medizin- und Pharmastrafrecht

I. Wirtschaftsstrafrecht der Medizin	1753
1. Vermögensdelikte	1753
2. Korruption	1765
II. Prozessuale Besonderheiten	1771
1. Durchsuchung/Beschlagnahme, Schweigepflicht	1771
2. Berufsverbot	1773
3. Folge- und Nebenverfahren	1775
III. Pharmastrafrecht	1783
1. Grundsätze des Arzneimittelrechts	1783
2. Arzneimittelstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1785

Teil D. Steuern, Abgaben und Subventionen

§ 32 Steuerstrafrecht und Steuerordnungswidrigkeiten

I. Einleitung	1796
1. Allgemeines	1796
2. Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	1797
3. Überblick über die Tatbestände	1798
4. Geltung der allgemeinen Strafgesetze (§ 369 Abs. 2 AO)	1798
II. Steuerlich relevante Straftatbestände oder Steuerordnungswidrigkeiten	1799
1. Straftatbestände der AO (§ 369 AO – Steuerstraftaten/Zollstraftaten)	1799
2. Straftatbestände außerhalb der Abgabenordnung	1801
III. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1807
1. Allgemeines	1808
2. Geschütztes Rechtsgut	1810
3. Täterkreis	1811
4. Tatbestandsmäßiges Verhalten	1812
IV. Selbstanzeige (§ 371 AO)	1859
1. Allgemeines	1860
2. Anwendungsbereich des § 371 AO	1863
3. Die Berichtigungserklärung	1864
4. Die Sperrwirkung des § 371 Abs. 2 AO	1872
5. Nachentrichtung verkürzter Steuern	1883
6. Wirkung der Selbstanzeige	1888
7. Drittanzeige	1889
8. Konkurrenzfragen	1889
9. Kosten der Selbstanzeige	1891
V. Bannbruch (§ 372 AO)	1891
1. Allgemeines	1892
2. Gesetzessystematik	1892
3. Objektiver Tatbestand	1892
4. Subjektiver Tatbestand	1895
5. Versuch, Vollendung und Beendigung der Tat	1895
6. Selbstanzeige	1896
7. Subsidiaritätsklausel des § 372 Abs. 2 AO	1896

Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Konkurrenzen	1897
9. Strafen und Nebenfolgen	1897
VI. Gewerblicher, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel (§ 373 AO)	1897
1. Allgemeines	1897
2. Einzelne Qualifikationsmerkmale	1899
3. Strafbarkeit des Versuchs	1902
4. Strafen und Nebenfolgen	1902
5. Konkurrenzen	1903
6. Selbstanzeige	1903
VII. Steuerhöhlelei (§ 374 AO)	1904
1. Allgemeines	1904
2. Vortaten der Steuerhöhlelei	1904
3. Tathandlungen der Steuerhöhlelei	1907
4. Subjektiver Tatbestand	1908
5. Versuch der Steuerhöhlelei	1908
6. Strafen und Nebenfolgen	1909
7. Konkurrenzen	1909
VIII. Nebenfolgen (§ 375 AO)	1909
1. Allgemeines	1910
2. Die Aberkennung der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit gem. § 375 Abs. 1 AO	1910
3. Die Einziehung gem. § 375 Abs. 2 AO	1911
4. Der Verfall (§ 369 Abs. 2 AO i. V. m. §§ 73 ff. StGB)	1913
IX. Unterbrechung der Verfolgungsverjährung (§ 376 AO)	1914
1. Allgemeines	1915
2. Neufassung des § 376 AO	1915
3. Anwendungsbereich des § 376 AO	1916
4. Allgemeine Strafverfolgungsverjährung	1916
5. Verjährungsbeginn bei der Steuerhinterziehung	1918
6. Unterbrechung der Verjährung	1920
7. Ruhen der Verfolgungsverjährung (§ 78 b StGB)	1923
X. Steuerordnungswidrigkeiten (§ 377 AO)	1925
1. Der Begriff der Steuer-/Zollordnungswidrigkeit	1925
2. Geltung des OWiG	1925
XI. Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO)	1933
1. Allgemeines	1933
2. Täterkreis	1934
3. Tathandlung	1936
4. Kausalität und Rechtswidrigkeitszusammenhang	1937
5. Leichtfertigkeit	1937
6. Leichtfertigkeit des steuerlichen Beraters	1939
7. Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO	1940
8. Verhältnis des § 378 AO zu anderen Straf- und Bußgeldtatbeständen	1942
9. Verjährung	1943
XII. Steuergefährdung (§ 379 AO)	1943
1. Allgemeines	1943
2. Steuergefährdung durch falsche Belege (§ 379 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO)	1943
3. Steuergefährdungen durch das In-Verkehr-Bringen von Belegen gegen Entgelt (§ 379 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AO)	1944
4. Steuergefährdung durch falsche Buchungen und Aufzeichnungen (§ 379 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AO)	1944
5. Verkürzung von Steuern bzw. Erlangen von nicht gerechtfertigten Steuervorteilen	1945
6. Erweiterter Anwendungsbereich	1945

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Verletzung von Mitteilungspflichten (§ 379 Abs. 2 Nr. 1 AO)	1946
8. Verletzung der Pflicht zur Aufzeichnung des Warenausgangs nach § 144 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 AO (§ 379 Abs. 2 Nr. 1a AO)	1947
9. Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit (§ 379 Abs. 2 Nr. 2 AO)	1947
10. Das Zu widerhandeln gegen eine Auflage nach § 120 Abs. 2 Nr. 4 AO (§ 379 Abs. 3 AO)	1948
11. Geldbuße	1948
12. Keine Straffreiheit durch Selbstanzeige	1948
13. Konkurrenzfragen	1949
14. Verjährung	1949
XIII. Gefährdung der Abzugsteuern (§ 380 AO)	1949
1. Allgemeines	1949
2. Anwendungsbereich	1949
3. Täterkreis	1949
4. Objektiver Tatbestand	1950
5. Subjektiver Tatbestand	1951
6. Keine Versuchsstrafbarkeit	1951
7. Geldbuße	1951
8. Selbstanzeige	1952
9. Konkurrenzen	1952
10. Verjährung	1952
11. Verfolgung	1952
XIV. Verbrauchsteuergefährdung (§ 381 AO)	1953
1. Allgemeines	1953
2. Anwendungsbereich	1953
3. Täterkreis	1953
4. Objektiver Tatbestand	1954
5. Subjektiver Tatbestand	1954
6. Geldbuße	1954
7. Selbstanzeige	1955
8. Konkurrenzen	1955
9. Verjährung	1955
XV. Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (§ 382 AO)	1955
1. Allgemeines	1955
2. Anwendungsbereich des § 382 AO	1955
3. Täterkreis	1956
4. Objektiver Tatbestand	1957
5. Subjektiver Tatbestand	1958
6. Geldbuße	1958
7. Selbstanzeige und Ahndung	1958
8. Konkurrenzen	1958
9. Verjährung	1958
XVI. Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen (§ 383 AO)	1959
1. Allgemeines	1959
2. Anwendungsbereich des § 383 AO	1959
3. Geldbuße (§ 383 Abs. 2 AO)	1961
4. Selbstanzeige	1961
5. Verjährung	1961
XVII. Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals nach § 139 a AO (§ 383 a AO)	1961
1. Allgemeines	1961
2. Anwendungsbereich des § 383 a AO	1961

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Geldbuße	1962
4. Selbstanzeige	1962
5. Verjährung	1963
XVIII. Verfolgungsverjährung bei Steuerordnungswidrigkeiten (§ 384 AO)	1963
1. Allgemeines	1963
2. Anwendungsbereich des § 384 AO	1963
 § 33 Das Verfahren in Steuerstrafsachen	
I. Einleitung	1968
1. Allgemeines	1968
2. Zur Bedeutung des Steuerstrafverfahrensrechts im Rahmen anwaltlicher Tätigkeit	1970
3. Die fiskalischen Interessen im Steuerstrafverfahren	1972
4. Steuerdelinquenz und Verfolgungsintensität	1973
II. Die Rechtsquellen des Steuerstrafverfahrensrechts im Überblick	1974
1. §§ 386 bis 404 AO	1974
2. Die allgemeinen Vorschriften über das Strafverfahren	1975
3. Höherrangiges Recht	1975
4. Weitere Gesetze im formellen Sinn	1975
5. Rechtsnormen ohne formelle Gesetzesqualität	1975
III. Die Verfahrensgrundsätze im Überblick	1976
1. Rechtsstaatliche Grundprinzipien	1976
2. Prozessmaximen	1976
3. Prozessvoraussetzungen	1977
4. Steuerstrafverfahrensrechtliche Besonderheiten gegenüber dem allgemeinen Strafverfahrensrecht, insbes. § 393 AO	1978
IV. Die Ermittlungsbehörden und ihre Kompetenzen	1997
1. Die Ermittlungsbehörden im Überblick	1997
2. Die Ermittlungsorgane	2002
3. Die Fahndungsdienste: Organisation und Aufgaben	2004
4. Die Kompetenzen der Ermittlungsbehörde und der Fahndungsdienste	2013
V. Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens	2016
1. Die Informationsgewinnung der Ermittlungsbehörden	2016
2. Die Einleitung des Ermittlungsverfahrens	2020
3. Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen	2022
4. Durchsuchungen und Beschlagnahmen	2024
5. Akteneinsicht	2034
6. Telefonüberwachung, § 100 a StPO	2036
VI. Sonderprobleme	2037
1. Allgemeine Fragen	2037
2. Besondere Verteidigungssituationen	2056
VII. Das Steuerstrafverfahren nach der strafbefreienden Selbstanzeige	2070
1. Allgemeines	2070
2. Besonderheiten	2071

§ 34 Zollstrafrecht

I. Das zollstrafrechtliche Mandat	2073
1. Bedeutung des Zollstrafrechts	2073
2. Begriff des Zollstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts	2074
3. Gemeinsamkeiten mit anderen Mandaten	2075
4. Besonderheiten des Zollstrafrechts	2076

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Das Zollrecht im Überblick	2077
1. Rechtsquellen des Zollrechts	2077
2. Grundzüge des Rechts der Abgabenerhebung	2079
III. Sanktionen	2088
1. Zollstrafrecht	2089
2. Steuerordnungswidrigkeiten	2100
IV. Die Verteidigung in Zollstrafsachen	2105
1. Das Ermittlungsverfahren	2106
2. Das Zwischenverfahren	2113
3. Das Hauptverfahren	2113
4. Besonderheiten im Ordnungswidrigkeitenrecht	2115
V. Rechtsschutz im Besteuerungsverfahren	2115
1. Das Einspruchsverfahren	2115
2. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	2116
3. Das finanzgerichtliche Verfahren	2116

§ 35 Subventionsbetrug

I. Allgemeines (Historische Entwicklung)	2120
1. Anlass für die Einführung der Vorschrift	2120
2. Änderungen durch das 6. StrRG und das EG-FinSchG	2121
II. Statistiken	2122
1. Umfang der Subventionsgewährung in Bund, Ländern und Gemeinden ...	2122
2. Subventionierung durch die Europäische Union	2124
III. Politische Dimensionen des Tatbestandes	2126
1. Nationale Politik (Motivationen von Subventionsgewährungen)	2126
2. Europäische Subventionspolitik	2128
IV. Rechtsquellen	2129
1. Strafgesetzbuch	2129
2. Gesetz gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz)	2129
3. Europäisches Unionsrecht	2130
4. Internationales Strafrecht	2131
V. Der objektive Tatbestand des § 264 StGB	2132
1. Schutzzug und dogmatische Einordnung	2132
2. Täterkreis	2133
3. Der Subventionsbegriff	2137
4. Subventionserhebliche Tatsachen	2142
5. Pflichtverstöße bei der Beantragung von Subventionen	2145
6. Pflichtverstöße bei der Verwendung von Subventionen	2150
7. Pflichtverstöße im Nachgang zu gewährten Subventionen	2155
VI. Der subjektive Tatbestand	2157
1. Vorsatz und Fahrlässigkeit	2157
2. Irrtum	2158
3. Leichtfertigkeit: §§ 264 Abs. 4, 264 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 StGB	2159
VII. Tätige Reue (§ 264 Abs. 5 StGB)	2160
1. Freiwillige Verhinderung der Subventionsgewährung (§ 264 Abs. 5 S. 1 StGB)	2161
2. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen um die Nichtgewährung der Subvention (§ 264 Abs. 5 S. 2 StGB)	2162
VIII. Strafe und Strafmaß	2162
IX. Nebenfolgen	2163
1. Verlust der Amtsfähigkeit	2163
2. Einziehung	2163

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Rückzahlung der Subvention und Herausgabe des Erlangten	2164
4. Inabilität	2164
X. Konkurrenzen	2165
XI. Besonderheiten der Verteidigung	2165
1. Allgemeines	2165
2. Auskunftspflicht nach § 3 SubvG und das nemo tenetur-Prinzip	2166
3. Anzeigepflicht von Gerichten und Behörden (§ 6 SubvG)	2166
4. Auswirkung in der strafrechtlichen Beratung und Verteidigung	2167
§ 36 Gemeinsamer Markt	
I. Einführung und Grundlegung	2170
1. Die Dimension der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	2170
2. Die Rechtsgrundlagen für Kontrollen und Sanktionen der EU	2172
3. Das Agrarrecht und das Recht der anderen EU-Ausgaben	2173
II. Handelnde Behörden und drohende Sanktionen	2178
1. Organisationen mit Überprüfungs- und Ermittlungsaufgaben	2178
2. Sanktionen und Kontrollen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften	2179
3. Bußgeld aufgrund nationalen Marktordnungsrechts	2185
III. Hauptanwendungsbereich: Unregelmäßigkeiten im EG-Marktordnungsrecht .	2186
1. Rechtsgrundlagen	2186
2. Hauptanwendungsfall Ausfuhrerstattung	2187
3. Ausfuhrabgaben	2193
4. Verjährung der Verfolgung von Unregelmäßigkeiten	2193
IV. Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung anderer Haushaltsmittel der Europäischen Gemeinschaften	2194
1. Direkte Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften	2194
2. Die Befugnis zu internen Untersuchungen durch OLAF	2195
3. Rechtsschutz gegen Maßnahmen des OLAF bei internen Untersuchungen	2196
V. Inhalt und Grenzen der Kontroll- und Überprüfungsrechte bei Wirtschafts- teilnehmern	2196
1. Rechtsgrundlagen für direkte Kontrollen durch EG-Behörden	2196
2. Befugnisse der EU-Kontrolleure	2198
3. Abwehrrechte der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer	2202
VI. Rechtsschutz gegen Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen	2203
1. Prüfung der Betroffenheit des Wirtschaftsteilnehmers	2203
2. Verfahrensmaßnahmen zur Sicherstellung eines effektiven Rechtsschutzes	2206
VII. Anhang: Anregungen zum Vorgehen in diesem weniger bekannten Rechtsbereich	2210
1. Zeitpunkt der Beziehung des Anwalts und erste Schritte zur Aufklärung der Sache- und Rechtslage	2210
2. Bestandsaufnahme und klärendes Mandantengespräch zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen	2212
3. Erarbeitung der relevanten Rechtsfragen und Lagebesprechung	2214
Sachverzeichnis	2217

beck-shop.de

Bearbeiterverzeichnis

- Dr. Heiko Ahlbrecht, Rechtsanwalt
Wessing & Partner Rechtsanwälte
Düsseldorf
- Dr. Markus Berndt, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Verjans Böttger Berndt Rechtsanwälte
Düsseldorf
- Dr. Stephan Beukelmann, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Lohberger & Leipold
München
- Dr. Dieter Bohnert, Rechtsanwalt
Heuking Kühn Lüer Wojtek
Zürich/Düsseldorf
- Dr. Marcus Böttger, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Verjans Böttger Berndt Rechtsanwälte
Düsseldorf
- Dr. Guido Britz, Rechtsanwalt
Kühn & Collegen
Homburg an der Saar
- Dr. Matthias Dann, LL. M., Rechtsanwalt
Wessing & Partner Rechtsanwälte
Düsseldorf
- Dr. Felix G. Dörr, Rechtsanwalt
Dr. Günter Dörr & Partner GbR
Frankfurt am Main
- Hanns W. Feigen, Rechtsanwalt
Feigen · Graf Rechtsanwälte
Frankfurt am Main
- Dr. Walther Graf, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Feigen · Graf Rechtsanwälte
Köln
- Dr. Gina Greeve, Rechtsanwältin
MGR Rechtsanwälte
Frankfurt am Main
- Dr. Bettina Grunst (†)
Ludwig Maximilians-Universität
München
- Dr. Simone Kämpfer, Rechtsanwältin
tdwe Thomas Deckers Wehnert Elsner
Düsseldorf
- Eberhard Kempf, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Kempf & Dannenfeldt
Frankfurt am Main
- Dr. Christoph Knauer, Rechtsanwalt
Ufer Knauer Rechtsanwälte
München
- Thomas C. Knierim, Rechtsanwalt
Knierim Huber Rechtsanwälte GbR
Mainz
- Dr. Klaus Köpp M. C. L., Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D.
Redeker Sellner Dahs
Bonn
- Dr. Daniel M. Krause, LL. M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Krause & Kollegen
Berlin
- Dr. Klaus Leipold, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Lohberger & Leipold
München
- Dr. Werner Leitner, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht
Leitner & Partner
München
- Prof. Dr. Heiko Lesch, Rechtsanwalt
Redeker Sellner Dahs
Bonn
- Prof. Dr. Jörg-Andreas Lohr, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Lohr + Company GmbH
Düsseldorf
- Dr. Ingo Minoggio, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für Steuerrecht
Minoggio Rechtsanwälte
Münster

beck-shop.de

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Ursula Nelles,
Hochschullehrerin
Westfälische Wilhelms-Universität
Münster

Dr. Anna Oemichen, Rechtsanwältin
Knierim Huber Rechtsanwälte GbR
Mainz

Prof. Dr. Tido Park, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Strafrecht und
Fachanwalt für Steuerrecht
Park Wirtschaftsstrafrecht
Dortmund

Dr. Hans-Joachim Prieß LL. M.,
Rechtsanwalt
Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
Berlin

Prof. Dr. Thomas Rönnau,
Hochschullehrer
Bucerius Law School
Hamburg

Dr. Markus Rübenstahl, Mag. jur.,
Rechtsanwalt
Friedrich Graf von Westphalen & Partner
Köln

Prof. Dr. Franz Salditt, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Strafrecht und
Fachanwalt für Steuerrecht
Neuwied

Dr. Wolf Schiller, Rechtsanwalt und Notar
Schiller & Kollegen
Frankfurt am Main

Dr. Hellen Schilling, Rechtsanwältin
und Fachanwältin für Strafrecht
Kempf & Dannenfeldt
Frankfurt am Main

Dr. André-M. Szesny, LL. M., Rechtsanwalt
Heuking Kühn Lüer Wojtek
Düsseldorf

Dr. Michael Tsambikakis, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Strafrecht und
Fachanwalt für Medizinrecht
Friedrich Graf von Westphalen & Partner
Köln

Renate Verjans, Rechtsanwältin
Verjans Böttger Berndt Rechtsanwälte
Düsseldorf

Prof. Dr. Joachim Vogel (†),
Hochschullehrer
Ludwig-Maximilians-Universität
München

Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Volk,
emeritierter Hochschullehrer
Ludwig-Maximilians-Universität
Rechtsanwalt
München

Prof. Dr. Jürgen Wessing, Rechtsanwalt
und Fachanwalt für Strafrecht
Wessing & Partner Rechtsanwälte
Düsseldorf

Peter Witting, Rechtsanwalt
und Fachanwalt für Strafrecht
Witting Contzen Degenhard
München

* * * * *

Günther R. Hagen, Rechtsanwalt
München
(Sachverzeichnis)